Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 20

Artikel: Sowjetpropaganda "Made in Uruguay"?

Autor: Max, Alphonse

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076999

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Alphonse Max

Sowjetpropaganda «Made in Uruguay»?

Sowjetöl steht auch in Uruguay zur Diskussion. Dort insbesondere deshalb, weil es nicht klar ist, was Moskau als Gegenleistung bietet, verzichtet es doch auf die traditionellen Güter des Landes. Unser Gastbeitrag aus Montevideo beschäftigt sich mit einigen möglichen Aspekten dieses Handels.

Uruguay ist ein kleines, freies und tolerantes Land. Es hat ein demokratisches Regime mit einem Kollegialsystem nach schweizerischem Vorbild. Die Exekutivgewalt liegt bei den neun Mitgliedern des «Nationalen Regierungsrates» («Sonsejo Nacional de Gobierno»), dessen Mitglieder einander in jährlichem Turnus als Repräsanten des Staates ablösen. Darüberhinaus steht das Land in einem bemerkenswerten Gegensatz zu seinen Nachbarn Brasilien und Argentinien, wo ständig militärische Kräfte nach subversiven Elementen Nachschau halten. In Uruguay ist das nicht so. Das erklärt auch, weshalb sich sowohl die Sowjetunion als auch China um feste Positionen dort bemühen. Wobei sie natürlich durchaus getrennt vorgehen.

Vom Wärmekraftwerk...

Die Sowjetunion hat es sich schon seit einiger Zeit angelegen sein lassen, den kleinsten Staat des lateinamerikanischen Kontinentes mit wirtschaftlichen Offerten zu locken. Vor zwei Jahren beispielsweise anerbot sich die Sowjetunion zum Bau eines thermoelektrischen Kraftwerkes von grosser Kapazität, zahlbar innert sechs Jahren. Fünfzig Prozent der gesamten Summe wäre durch die Lieferung einheimischer Agrarprodukte zu vergüten gewesen, der Rest zu günstigen, langfristigen Bedingungen.

Das Projekt wies offensichtliche Vorteile auf, aber es wurde trotzdem zurückgewiesen. Denn die Annahme hätte, was die Regierung Uruguays erkannte, die Energieversorgung des Landes praktisch weitgehend in sowjetische Abhängigkeit gebracht. Aufsicht, Bedienung und technische Hilfe wären noch Jahre nach Bauabschluss in den Händen der sowjetischen Techniker gelegen. Und diese Experten pflegen ja ihre technischen Aufgaben etwas weiter zu fassen als nur bis zur Erfüllung der ingenieurwissenschaftlichen Erfordernisse.

...zum Erdöl

Nun hat die Sowjetunion eine neue Anstrengung zur Einflussnahme auf die Wirtschaft Uruguays unternommen. Moskau bietet Rohöl an, zahlbar auf ein besonderes Konto der Bank von Uruguay. Mit dem Geld will die UdSSR gewisse Käufe im Lande tätigen, wobei es sich aber um «nicht traditionelle» Güter handeln würde.

Nun ist der sowjetische Staat Träger sowohl des Handels als auch der Politik. Ihre Ueberschuss-Vorräte an Erdöl haben die UdSSR bewogen, eine Wirtschaftsoffensive gegen die westlichen Interessen auf der ganzen Welt einzuleiten. (Man denke hier an die italienische ENI oder auch an die schweizerische Raffinerie du Rhône bei Collombey.)

Darüberhinaus aber würde sich Moskau in Uruguay eine starke Ausgangsbasis durch die Ausschaltung der bisherigen Lieferanten schaffen, die meistens zwar vernünftigen Kredit gewähren, dafür aber Bezahlung in harten Währungen erwarten. Wenn aber einmal die Lieferungen in grossem Ausmass begonnen haben, würde das Land auf ihre Weiterführung angewiesen bleiben (so braucht es besondere Raffinerie-Einrichtungen zur Verarbeitung des stark schwefelhaltigen Erdöls aus Baku). Damit könnte aber gerade ein so kleines Land politisch beträchtlich unter Druck gesetzt werden.

Ein Präzedenzfall liegt übrigens schon vor: Er betrifft Israel, das seinerzeit einen Vertrag mit der Sowjetunion eingegangen war, der die Lieferung von Erdöl gegen Citrusfrüchte vorsah. Als es im Herbst 1956 zum bewaffneten Konflikt zwischen Israel und Aegypten kam, stoppte die UdSSR ganz einfach ihre Oeltransporte nach Israel, das die wirtschaftlichen und militärischen Nachteile des Handels zu spüren bekam. Der Fall ist illustrativ, um zu zeigen, bis zu welchem Mass die Sowjetunion ihren Aussenhandel als Instrument ihrer Aussenpolitik betrachtet. Im übrigen ist ja dieser Grundsatz nicht angefochten, da ihn Moskau ja keineswegs verheimlicht, sondern ihn vielmehr öffentlich darlegt.

Seltsame Klausel

Das sowjetische Angebot, «nicht traditionelle» Exportgüter Uruguays zu kaufen, wirkt seltsam. Die herkömmliche Ausfuhr umfasst Fleisch und Fleischprodukte, Wolle in verschiedenen Verarbeitungsstadien, Häute und Felle, ferner einige Agrarerzeugnisse. Alles andere könnte theoretisch unter den Begriff der «nicht traditionellen Güter» fallen, der natürlich dehnbar ist. Aber praktisch ist ja nicht anzunehmen, dass sich die Sowjetunion vorbehält, seltene Produkte der einheimischen Industrie aufzukaufen und was dergleichen Möglichkeiten mehr sind.

Aber die sowjetische Formulierung kann eine sehr plausible Absicht umreissen. Moskau könnte mit dem Geld aus seinen Oelverkäufen im Lande selbst besondere Artikel herstellen lassen. Beispielsweise Propagandamaterial für den ganzen Kontinent, das von den lokalen kommunistischen Unternehmen fabriziert würde. Es wäre sogar ein gutes Geschäft. Denn die Luftfrachtkosten von 7 Dollar per Kilo von Moskau bis Montevideo erweisen sich à la longue doch als schwer tragbar, angesichts der vielen Tonnen Propagandamaterial, welche die UdSSR jeden Monat nach Uruguay hinüberfliegt. Dieser Ueberlegung kommt gerade jetzt besonderes Gewicht zu, da die Sowjetunion beträchtliche Mengen fremder Währungen braucht, um im Ausland Getreide und andere Produkte einzukaufen.

Die Operation hätte noch weitere Vorteile. Propagandamaterial, das in Uruguay hergestellt würde (Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Plakate usw.), könnte leichter und billiger in Südamerika weiter verteilt werden. Ueberdies würde der Vermerk «Printed in Uruguay» Schwierigkeiten mit den Behörden anderer Länder (wie vor allem Basilien und Agentinien) vermeiden, die sich wenig geneigt zeigen, die Einfuhr grosser Mengen sowjetisch gedruckten Propagandamaterials überhaupt zu gestatten.

Wieviel Fliegen auf einen Schlag?

In andern Worten kann die Sowjetunion mit ihrem Angebot, ihr Erdöl gegen uruguayische Währung zu verkaufen, mehrere Vorteile gleichzeitig verfolgen. Sie würde ihre Ueberschussvorräte an Erdöl los, in Konkurrenz mit den bisherigen Lieferanten der kleinen lateinamerikanischen Demokratie. Sie würde die Wirtschaft des Landes von ihren Oellieferungen abhängig machen. Und sie würde schliesslich und gleichzeitig ihre Propagandaaktion für Lateinamerika sowohl technisch einfacher als auch billiger gestalten, da das Zentrum nicht mehr im fernen Moskau, sondern im zentralen Uruguay zu liegen käme.

Wie aber steht es, wenn diese mutmassliche dritte Absicht sich nicht verwirklichen liesse, oder wenn die Sowjets von sich aus den Erwerb harter Währungen der Anlage in Propagandamaterial vorziehen würden? Dann können sie immer noch ohne weiteres ihre Pesos, über die sie in ihrem Sonderkonto auf der Nationalbank verfügen, verkaufen. Denn Uruguay ist nicht nur im politischen Sinn ein freies Land, sondern auch im finanziellen: Jedermann kann dort zum festgesetzten Kurs für seine urugayischen Pesos jede beliebige Menge Dollar kaufen. Es ist einzuräumen, dass die Deutung vom Erwerb «nicht traditioneller Güter» als Auftrag zur Herstellung von Propagandamaterial nicht zwingend ist. Die Sowjetunion könnte auch neue Industrien ankurbeln wollen, wie sie das in andern Ländern (aber auch unter andern Umständen) tatsächlich schon getan hat. Ueberdies liesse sich über den Wert oder Unwert der Sowjetpropaganda in Lateinamerika streiten, wo sie ein Gegengewicht zu den extremistischen Strömungen chinesischer oder castristischer Art darstellen könnte. Aber das sind andere Fragen. Die politischen Möglichkeiten des Oelhandels bleiben so oder so faszinierend.